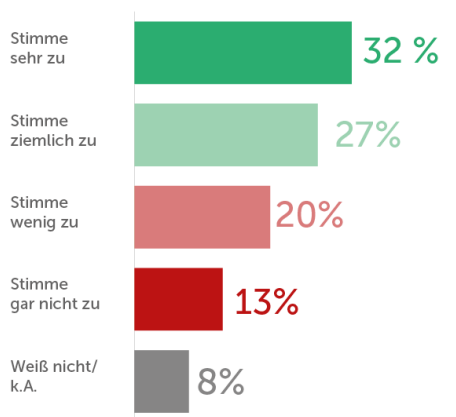


VOLKSHILFE SOZIALBAROMETER

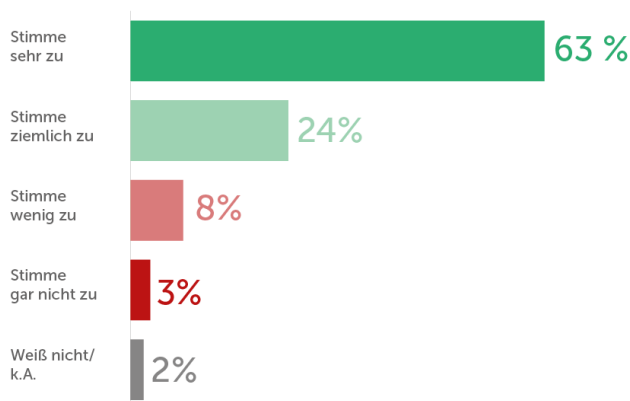
ARBEITSMARKT

Der aktuelle Volkshilfe Sozialbarometer behandelt Fragen rund um das Thema Arbeitsmarkt.



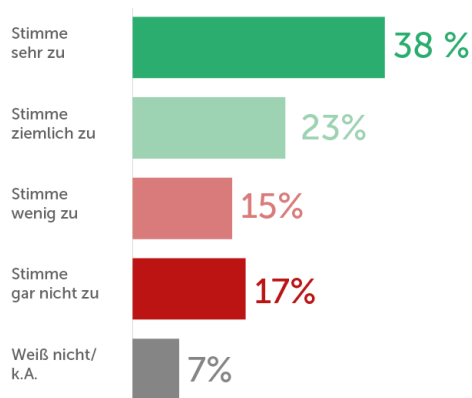
Keine Kürzungen oder Bezugssperren des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe.

Die meisten Menschen in Österreich (59%) wollen keine Kürzungen oder Sperren bei den wichtigsten sozialen Absicherungssystemen, wie dem Arbeitslosengeld oder der Notstandshilfe. Jedoch kann sich immerhin ein Drittel Kürzungen vorstellen.



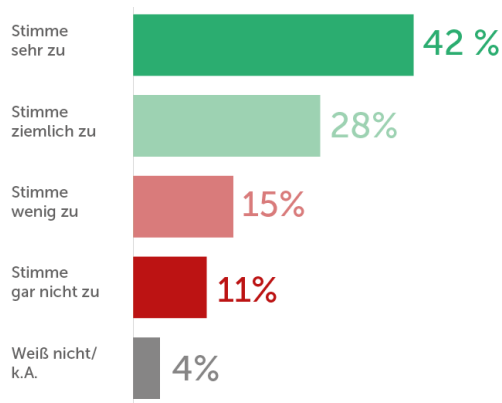
Für einen Vollzeit Arbeitsplatz sollte niemand weniger als 1.750 Euro Brutto als Mindestlohn verdienen.

Eine **sehr starke Mehrheit von 87%** der Menschen in Österreich spricht sich für einen Mindestlohn von 1.750,- brutto für eine Vollzeitstelle aus. Rund zwei Drittel (63%) stimmen dieser Forderung „sehr“ zu. Lediglich 11% sprechen sich dagegen aus.



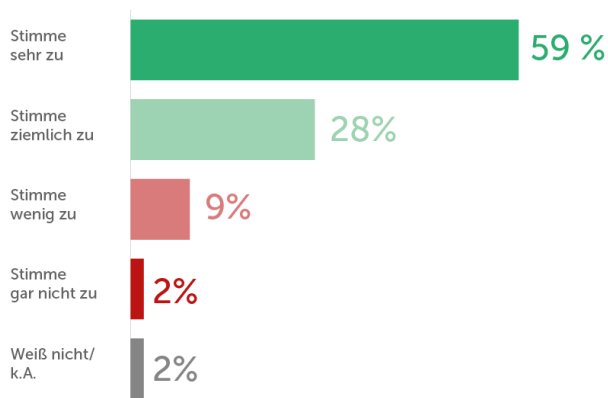
Der 12-Stunden-Arbeitstag sollte abgeschafft werden.

Der eingeführte 12-Stunden-Tag stößt in der Bevölkerung auf wenig Gegenliebe. **Rund 6 von 10 Menschen** sprechen sich dezidiert für seine Abschaffung aus.



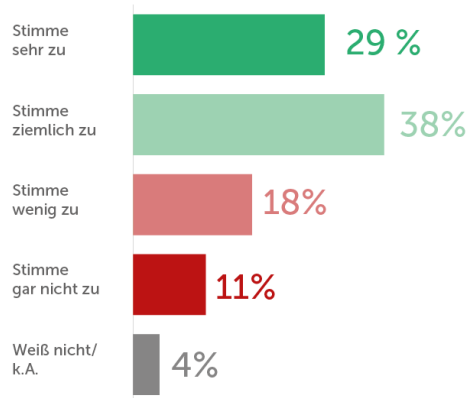
Angesichts der hohen Belastungen ist eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden im Sozialbereich sinnvoll.

Starke Zustimmung zu einer Entlastung für Menschen, die im Sozialbereich arbeiten. **7 von 10 Befragten** stimmen der Forderung nach einer generellen 35-Stunden-Woche in dieser wichtigen Branche zu.



Die Corona-Krise hat gezeigt, dass eine bessere Entlohnung von systemrelevanten Gesundheits- und Sozialdienstleistungen dringend notwendig ist.

Eine **große Mehrheit von 87%** fordert dringend eine bessere Entlohnung in diesen Branchen. Anmerkung: Obwohl das Ergebnis bei dieser Frage nicht zu 100% repräsentativ ist, kann man eine klare Tendenz in der Bevölkerung erkennen.



Männer sollten sich in gleichem Ausmaß an der Elternkarenz Beteiligen wie Frauen. Dafür sollen Anreize geschaffen werden.

Insgesamt sprechen sich rund zwei Drittel (67%) der Menschen in Österreich für eine gleiche Verteilung der Elternkarenz zwischen den Geschlechtern aus. Obwohl dies den Frauen ein leicht größeres Anliegen ist (70%), ist auch die Mehrheit der Männer dafür (63%).

Fragen im Wortlaut

Stimmen Sie diesen Aussagen zum Thema Arbeitsmarkt sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?

- Keine Kürzungen oder Bezugssperren des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe
- Für einen Vollzeitarbeitsplatz sollte niemand weniger als 1.750 Euro brutto als Mindestlohn verdienen
- Angesichts der hohen Belastungen ist eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden im Sozialbereich sinnvoll
- Der 12-Stunden-Arbeitstag sollte abgeschafft werden
- Männer sollten sich in gleichem Ausmaß an der Elternkarenz beteiligen wie Frauen. Dafür sollten Anreize geschaffen werden
- Die Corona-Krise hat gezeigt, dass eine bessere Entlohnung von systemrelevanten Gesundheits- und Sozialdienstleistungen dringend notwendig ist.*

Antwortmöglichkeiten

stimme sehr zu / stimme ziemlich zu / stimme wenig zu / stimme gar nicht zu / w.n. +k.A.

Hinweise zur Studie

Für den Volkshilfe Sozialbarometer führt SORA mehrmals jährlich eine repräsentative Befragung zu aktuellen sozialpolitischen Themen durch. Die vorliegende Studie zum Thema „Arbeitsmarkt“ beruht auf 1.013 face-to-face Interviews sowie, aufgrund der Beschränkungen im Zuge der Corona-Krise, Online-Interviews österreichweit mit Personen ab 15 Jahren (Feldzeit von 28.2. bis 25.4. 2019). Die Daten wurden gewichtet nach Alter, Geschlecht, Region, Wohnortgröße, Bildung, Personen im Haushalt, Beruf und Berufstätigkeit. Somit entstehen aus diesen Daten repräsentative Aussagen über die österreichische Bevölkerung. Die maximale Schwankungsbreite für die dargestellten Ergebnisse liegt bei +/- 3,1%.

Eine Ausnahme bildet eine Frage zur Corona-Krise, die während der Feldzeit im April hinzugefügt wurde (mit * markiert). Diese Frage wurde 626 Personen ausschließlich online gestellt. Aufgrund der Verteilung kann diese Frage nur bedingt als repräsentativ gelten. Sie bietet aber einen guten Indikator, in welche Richtung die Bevölkerung bei dieser Frage tendiert.